

## A p p e l l

der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an alle  
europäischen Länder *Frankreich, Italien, Spanien*

Die Gegenwart und Zukunft der Völker Europas ist untrennbar mit der Erhaltung und Festigung des Friedens auf unserem Kontinent verbunden. Echte Sicherheit und dauerhafter Frieden können nur gewährleistet werden, wenn das Sinnen und Trachten, die Taten und die Energie der europäischen Staaten darauf gerichtet werden, die Spannungen zu mindern und unter Berücksichtigung der Realitäten die herangereiften internationalen Probleme zu lösen sowie eine allseitige Zusammenarbeit auf gesamteuropäischer Grundlage zu gestalten.

Der Weg zu gutnachbarlichen Beziehungen, zu Vertrauen und zur Verständigung ist nicht einfach. Das Europa der Gegenwart, wie es aus dem zweiten Weltkrieg hervorgegangen ist - das sind mehr als 30 Staaten, große und kleine, die in ihrer Gesellschaftsordnung, ihrer Lage und ihren Interessen unterschiedlich sind. Es ist eine unveränderliche Tatsache, daß sie nach dem Willen der Geschichte Seite an Seite leben müssen.

Immer mehr Regierungen, Parlamente, Parteien und Vertreter von Politik und Gesellschaft begriffen die Verantwortung, die sie gegenüber den Lebenden und den kommenden Generationen für die Verhinderung eines neuen militärischen Konfliktes in Europa tragen. Jedoch wirkten in Europa auch Kräfte, die die europäische Entwicklung nicht durch die Regelung von Streitigkeiten und friedlichen Verhandlungen fördern wollen, sondern weitere Divisionen und Raketen, neue Militärprogramme, die auf Jahrzehnte hinaus berechnet sind, aufstellen. In Übereinstimmung mit ihnen handeln auch diejenigen, die aus der Katastrophe, die den deutschen Militarismus und Nazismus ereilte, nicht die entsprechenden Lehren gezogen haben. Ihre Entriebe verstärken die Spannungen und tragen Komplikationen in die internationalen Beziehungen.

Die sozialistischen Staaten betrachten es als ihre Pflicht, auch weiterhin alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um Europa vor der Gefahr neuer militärischer Konflikte zu bewahren und die Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Ländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung, zu entwickeln.

Vor fast drei Jahren unterbreiteten die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Bukarest den Vorschlag, eine gesamteuropäische Konferenz zur Erörterung von Fragen der europäischen Sicherheit und der friedlichen Zusammenarbeit einzuberufen. Die seitdem hergestellten Kontakte zeigten,

daß sich keine europäische Regierung gegen den Gedanken einer gesamteuropäischen Konferenz ausgesprochen hat und reale Möglichkeiten für ihre Durchführung bestehen.

Nach dem zweiten Weltkrieg haben sich die Staaten Europas noch kein einziges Mal zusammengefunden, obgleich es eine Vielzahl von Fragen gibt, die ihrer Erörterung am Verhandlungstisch harren. Und es gibt auch keine gewichtigen Gründe, natürlich ausgehend von den Interessen der Festigung des Friedens, die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz aufzuschieben. Derjenige wirkt der Durchführung einer solchen Begegnung entgegen, der um jeden Preis die künstliche Spaltung unseres Kontinents in militärische Gruppierungen aufrechterhalten will, der mit seiner Politik die internationalen Widersprüche ausnutzt und verschärft und nicht auf ihre Überwindung und die Herstellung einer friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten und Völkern hinwirkt.

Die Lebensnotwendigkeit, neue militärische Konflikte zu verhindern, die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zu stärken, die objektive Möglichkeit und Notwendigkeit großer Projekte auf dem Gebiet der Energetik, des Verkehrswesens, des Wassers und der Luft und des Gesundheitswesens gemeinsam zu verwirklichen, die unmittelbar mit dem Wohlstand der Bevölkerung des ganzen Kontinents verbunden sind, ist das, was die europäischen Staaten und Völker vereint. Eben dieses Gemeinsame kann und muß das Fundament der europäischen Zusammenarbeit werden.

Die sozialistischen Staaten sind überzeugt, daß die Entwicklung einer solchen gesamteuropäischen Zusammenarbeit die einzige reale Alternative zur gefährlichen militärischen Konfrontation, zum Wettrennen und zur Konfliktpolitik ist und bleibt, welche die aggressiven Kräfte, die die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und die Karte Europas verändern wollen, Europa auch weiterhin aufzwingen wollen.

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind der Auffassung, daß es erforderlich ist, unverzüglich die Vorbereitung einer gesamteuropäischen Konferenz zu beginnen. Ein praktischer Schritt in dieser Richtung wäre die baldige Schaffung einer Initiativgruppe, bestehend aus einer kleinen Zahl von Ländern, die das gegenwärtige politische Antlitz Europas widerspiegeln. Eine solche Gruppe könnte die Abstimmung sowohl der Art und Weise der Einberufung der Konferenz als auch die Festlegung der Fragen für ihre Tagesordnung übernehmen.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten rufen alle Länder Europas auf, für die Einberufung einer gesamteuropäischen Konferenz zusammenzuarbeiten und die notwendigen Voraussetzungen für ihren Erfolg zu schaffen, damit die Hoffnungen gerechtfertigt werden, die die Völker an sie knüpfen.